Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.50 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bei Ausfällen werden von allen Reichspostanstalten eingenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte und deren Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Telegr.-Adr.: Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annoncenstellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 82 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 485. Halle, Donnerstag, den 16. Oktober. 1919.

Ein Spielklub bei Schkeuditz ausgeplündert.

50 bis 60 000 Mark geraubt.

WTB. Leipzig, 15. Okt. In der vergangenen Nacht drangen, wie den „Leipz. Neuesten Nachrichten" gemeldet wird, 10 mit Revolvern und Gummiknüppeln bewaffnete maskierte Räuber in Uniformen in einen im Gasthaus zu Papitz bei Schkeuditz eröffneten Spielklub ein und plünderten die Klubmitglieder nach Abgabe einiger Schreckschüsse aus, nachdem sie die Ueberraschten in Reih und Glied hatten antreten lassen. Es wurden 50 bis 60 000 Mark geraubt. Die Räuber entkamen unerkannt auf einem mitgebrachten Wagen.

Einigung in Berlin?

WTB. Berlin, 15. Oktober. Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat heute ein Schreiben des Reichsarbeitsministers aus Stuttgart erhalten, in dem die Annahme des Vermittlungsvorschlages vom 8. Oktober nochmals nahegelegt wird. Der Verband hält heute mittag um 12 Uhr eine Konferenz ab, in der er zu dem Schreiben Stellung nehmen wird. Die Metallarbeiter haben auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers ihrerseits ihre Stellungnahme auf nachmittag verschoben.

Streik der Heizer und Maschinisten in Berlin.

Berlin, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der Verband der Maschinisten und Heizer mitteilt, ist die Antwort des Reichsarbeitsministeriums auf das Ultimatum, das heute nachmittag um 3 Uhr abtlief, unbefriedigend ausgefallen, so daß von 3 Uhr ab die Maschinisten und Heizer aller Großberliner Betriebe in den Ausstand traten. Bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, sowie bei allen lebenswichtigen Betrieben wird weitergearbeitet, so daß eine Störung in der Gas-, Licht- und Kraftversorgung nicht eintritt. Auf das neue Eingreifen des Reichsarbeitsministers hin hatte der Vorstand der Metallindustriellen heute eine erweiterte Vorstandssitzung abgehalten, bis zur Stunde ist aber noch kein positives Ergebnis zustande gekommen, es ist jedoch unverkennbar, daß die Metallindustriellen nicht gewillt sind, ihre Haltung durch das Ultimatum der Maschinisten und Heizer an das Reichsarbeitsministerium beeinflussen zu lassen.

Die Streikposten des Berliner Magistratshilfsbeamten.

Berlin, 15. Oktober. Zum Streik im Rathaus meldet die „B. Z." unter anderm: Die Streikenden haben vor dem Rathaus eine große Anzahl von Streikposten aufgestellt, die nicht nur ihre arbeitswilligen Kollegen, sondern auch das Publikum am Eintritt in das Rathaus hindern. An einzelnen Stellen ist von den Streikenden sogar Gewalt angewandt worden. Bei den Brotkommissionen sind ebenfalls die Bürohilfskräfte zum Teil zu den Streikenden übergegangen. Einige der Kommissionen mußten geschlossen werden. Man hat sofort dafür gesorgt, daß die Räumlichkeiten und die Lebensmittelkarten vor Diebstahl und Plünderungen sichergestellt werden.

Kaufmännische Nothilfe Berliner Studenten.

WTB. Berlin, 15. Oktober. Der Ausschuß der Studentenschaft der Handelshochschule hat zur kaufmännischen Nothilfe aufgerufen. Ihm haben sich die Vertreter der Universität, der Technischen Hochschule, der Landwirtschaftlichen Hochschule, der Tierärztlichen Hochschule und der Kaiser-Wilhelm-Akademie angeschlossen. Diese Hochschulen, die insgesamt 18 000 Studierende umfassen, haben einem Vertreter die Vollmacht erteilt, mit dem Magistrat hierüber zu verhandeln.

Die Kohlennot in Berlin.

WTB. Berlin, 15. Oktober. Die Kohlenversorgung ist in ein sehr ernstes Stadium getreten infolge der Zwangslieferungen von Brennstoffen an die Entente, die noch bei weitem nicht in dem vorgesehenen Maße erfüllt werden können. Durch das seit Wochen anhaltende Eisenbahnwagenmangel und den andauernd niedrigen Wasserstand des Rheines können in den nächsten 3-4 Wochen die Eisenbahnen nur die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Hausbrand und die allerwichtigste Lebensmittelindustrie bedient werden. Auch die Belieferung dieser volkswirtschaftlich allerwichtigsten Betriebe kann nur in beschränktem Umfange erfolgen. Sobald eine Besserung der Lage eintritt, wird diese Einschränkung der Kohlenlieferung sofort wieder aufgehoben werden. Es werden alle Mittel eingewandt, um auch heute in privaten Häusern ruhenden Rheinschiffahrtswerkeln, ähnlich wie dies bei der Eisenbahn geschieht, zu stärkerer Drosselung in der Beförderung von weniger dringlichen Gütern zu veranlassen und dadurch Schiffsraum für den Kohlenverkehr freizumachen.

Oberbürgermeister Wermuth über die Berliner Notlage.

WTB. Berlin, 15. Oktober. Im Berliner Rathaus fand heute nachmittag, wie die Abendblätter melden, eine Konferenz über die Streiklage statt, in deren Verlauf Oberbürgermeister Wermuth unter anderem ausführte: Es ist ein gefährlicher Augenblick, den sich die Hilfskräfte zum Streik ausgesucht haben. Die ganze Versorgung der Groß-Berliner Bevölkerung ist in Frage gestellt. Nehmen wir nur die Kartoffelversorgung an. Sie hat gerade eingesetzt, und zwar unter schwierigsten Verhältnissen. Wenn hier eine Stockung eintritt, setzt sie sich bis zum Erzeuger fort. Eine solche Stockung im gegenwärtigen Moment ist nicht wieder gutzumachen. Sehr schlimm steht es mit der Kohlenversorgung. Die Gasversorgung kann jeden Moment zum Stillstand kommen oder für den ganzen Winter auf das allerbösteste gestört werden. Der Magistrat ist den Hilfskräften soweit als möglich entgegengekommen. In einigen Auszahlstellen der Erwerbslosenfürsorge ist von den Streikenden Sabotage geübt worden, indem sie die Auszahlungslisten mitgenommen haben, damit den Erwerbslosen keine Unterstützung gezahlt werden kann. Der Streik erstreckt sich bisher nur auf Berlin und Neukölln.

Friede erst nach der Räumung des Baltikums.

Basel, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Times" aus Paris meldet, ist die Bekanntgabe des Friedenszustandes mit Deutschland bis zur Erledigung des Baltikumkonflikts zurückgestellt worden.

Die Repressalien der Entente.

WTB. Berlin, 15. Oktober. (Drahtnachricht.) Nach Mitteilung der interalliierten Marinekommission erstreckt sich die Sperrzeit der deutschen Schiffahrt in der Ostsee auch auf die deutschen Territorialgewässer. Derartig scharfe Repressalien — man denke nur an die zahlreichen Fischerboote — sind nur geeignet, im ganzen deutschen Volke, vor allem bei der betroffenen, an den Vorgängen im Baltikum völlig unbeteiligten Küstenbevölkerung, berechtigte Erbitterung hervorzurufen.

Graf von Pahlen dementiert.

WTB. Königsberg, 14. Oktober. Der Vorsitzende des Zentralrates von Westrußland, Senator Graf von Pahlen, telegraphierte aus Libau: Durch die deutsche Tagespresse gehen in den letzten Tagen tendenziöse Nachrichten, die von einer angeblichen westrussischen Regierung in Berlin reden. Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß es sich augenscheinlich um eine Mystifikation oder einen von Feinden Rußlands inszenierten Schwindel handelt.

Ein polnisch-lettisches Bündnis?

WTB. Wien, 15. Oktober. Korr.-Büro. Nach Warschauer Meldungen hat der Staatssekretär des Aeußern, Skrynski, gegenüber den fremden Gesandten in Warschau erklärt, daß die Letten ihre Kräfte unbesorgt gegen die deutsch-russische Armee zusammengezogen hätten. Polen werde einen solchen Augenblick gegen die Letten nicht ausnutzen.

Lettische Niederlage.

WTB. Mitau, 15. Oktober. (Drahtnachricht.) Die Letten griffen im Morgengrauen mit Panzerzug und Panzerwagen von Riga aus an, wurden jedoch zurückgeschlagen. Die Vorstädte Rigas liegen dauernd unter schwerem Feuer der lettischen Artillerie, während die Russen Riga bisher nicht beschießen.

Noch kein Rücktrittsgesuch des Generals v. d. Goltz.

WTB. Berlin, 15. Oktober. Wie die Abendblätter melden, ist von dem angeblichen Rücktrittsgesuch des Generals von der Goltz an Berliner zuständigen Stellen nichts bekannt. Der General wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet. Erst dann wird man über etwaige Rücktrittsabsichten Mitteilung machen können.

Bermondts Antwort an Judenitsch.

WTB. Mitau, 15. Oktober. (Drahtnachricht.) Auf den Funkspruch des Generals Judenitsch an den Obersten Amalow-Bermondt, in dem der letztere zum Verräter an der Heimat und mit den unter seinem Befehl stehenden Truppen aus den Verbänden der Nordwestarmee ausgeschlossen wird, hat Oberst Awalow-Bermondt in einem Funkspruch an den General Judenitsch geantwortet. Der Funkspruch lautet: Der Gegenangriff gegen die lettischen und estnischen Truppen ist von mir unternommen worden, um meine Armee nicht in dieselbe Lage zu bringen, in die Sie die Nordarmee dadurch versetzt haben, daß Sie die Etappe nicht sicherten. Durch die Operation hoffe ich nicht nur meinem Vaterlande, sondern auch der Nordarmee Nutzen zu bringen. An die Aufsichtsbehörde der von Ihnen vorgebrachten fabelhaften Beschimpfung kann ich nicht glauben, da zu derselben Zeit, wo sich Ihre Armee in einer für den russischen Stolz unerträglich schwierigen Lage befindet, meine Armee in Kurland einen ihr würdigen Platz einnimmt und die russische Flagge im alten Glanz hochhält.

Revolutionäre Gärung in der Slowakei.

WTB. Berlin, 15. Oktober. Der „Voss. Ztg." zufolge hat die revolutionäre Gärung in der Slowakei und in ganz Oberungarn einen solchen Umfang angenommen, daß die Prager Regierung sich veranlaßt gesehen hat, Peter Hlinka, sowie einen großen Teil der slowakischen Führer zu verhaften und die Militärdiktatur zu verkünden. Die Slowakei fordert vollständige Autonomie. Die Bewegung hat bereits auf die Ruthenen in der Karpathengegend übergegriffen. In Szolyva wurde die selbständige karpatho-russische Republik proklamiert.

Was sollen wir tun?

Baltikum und Bolschewismus.

-er. Berlin, 14. Oktober 1919.

Die deutsche Regierung war seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages nicht in einer solchen Klemme wie jetzt angesichts der beiden Forderungen der Entente, einerseits das Baltikum von allen deutschen Truppen, auch den russisch gewordenen Bolschewistenkämpfern, zu räumen, andererseits im Kampfe gegen den Bolschewismus durch Einzirkelung Sowjetrußlands mitzuwirken. Was soll man also tun? Es handelt sich doch zunächst um diplomatische Schritte, um die Beantwortung der Noten, um Kundgebungen, Paßvorschriften usw. Reichswehrminister Noske war, als die „feindlichen" Noten eintrafen, gerade in Oberschlesien. Man wartete, bis er wieder nach Berlin zurückkam. Damit verlor man Zeit. Und Noske ist kein Diplomat. Bitter notwendig ist jetzt ein kluges Spiel. Kein falsches Spiel, aber ein klares Durchschauen der Schwächen beim Gegner, der über die deutschen Absichten im Baltikum grundfalsch informiert ist und in seinen eigenen Absichten von innerpolitischen Schwierigkeiten abhängt. Von welchen Schwierigkeiten? In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" bringt „ein Diplomat" darüber Gedanken, die von Wert sein dürften. Der Verfasser fragt, wo denn die englischen und französischen Sozialisten seien, um gegen die neuerliche unmenschliche Blockade Deutschlands aufzutreten. Die beiden Noten, meint er dann zum Schlusse, gehören zum Wahlprogramm des Ordnungsblocks, der in den französischen Kammerwahlen siegen will und der aus Chauvinisten und Antibolschewisten besteht, die Frankreich regieren. Der eine Teil des Blocks müsse seine Portion Deutschverdächtigung haben, verlange also Räumung des Baltikums und keine Verwendung deutscher Truppen gegen die Bolschewisten. Der andere Teil müsse auf dem Kampf gegen die Sowjet bestehen, verlange also Blockade und Einladung an Deutschland, mitzukämpfen. Das sei eine Politik mit täglicher Kündigung, kurzsichtig und widersprechend. Deutschland werde sich hüten müssen, eine Politik mitzumachen, über deren Dauer der Ausfall der französischen Wahlen entscheidet. Soweit der halbamtliche „Diplomat". Sehr richtig ist hier jedenfalls auf die innere Widersprüchigkeit der Ententehaltung hingewiesen. Zwei Seelen wohnen in ihrer Brust. Was sie von uns fordert unter dem Drucke neuer Blockadedrohung, ja, das müssen wir eben tun. Aber was sie von uns erbittet, indem sie uns sozusagen den Neutralen gleichsetzt, das werden wir uns hüten zu tun, wenn es nicht unser Vorteil ist. Wir werden vielmehr die Bitte und die Forderung verquicken und dabei hoffentlich eine Milderung unserer traurigen Lage herausschlagen. Wir können insbesondere Frankreich gegenüber die Ansicht vertreten, daß die Politik der beiden letzten Ententenoten vielleicht gar nicht der französischen Politik nach den Kammerwahlen entspricht. Warum sollen wir uns auf etwas festlegen, was uns vielleicht nachher wieder zum Vorwurf gemacht wird? Im übrigen haben wir ja gar nicht die Machtmittel, weder um die Bitte noch um die Forderung der Entente zu erfüllen. In der Frage der Räumung des Baltikums sagen doch selbst französische Stimmen, so z. B. Saint Brice im Pariser „Journal", nur die Kraft könne die Rebellen matt setzen. Aber die deutsche Regierung könne sie nicht aufbringen. Die Alliierten müßten deshalb selbst Hand anlegen . . . Bitte tut das doch! Versucht doch selbst, im Baltikum Ordnung zu schaffen! Aber das widerspräche wieder dem Grundsatz der Entente, im Kampfe gegen den Bolschewismus nur die besiegten Völker und die kleinen Trabanten die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Die alliierte Kommission, die im Baltikum auspassen will, soll sich bei dieser Gelegenheit doch auch den bestehenden Grenzverkehr mit Sowjetrußland ansehen. Sie wird entdecken, daß er fast gleich null ist, also einer Sperre gleichkommt. Die deutsche Post nimmt keine Briefe oder Telegramme nach Sowjetrußland an. Paßvisa nach Sowjetrußland werden nicht ausgestellt. Ein Austauschhandel besteht nicht. Es ist ja möglich, daß es einigen Händlern gelingt, über Polen und Litauen ein paar Kisten mit „Kulturware" durchzuschmuggeln. Aber im allgemeinen ist jeder wirtschaftliche Verkehr unterbunden. Also was wünscht die Entente noch mehr? Sollen etwa die Paßbureaus Deutschlands und der neutralen Länder unter die Aufsicht der Alliierten gestellt werden, weil die Entente sich die Genehmigung der Einreise nach Rußland in „Einzelfällen" vorbehalten will. Glaubt man den Bolschewismus mit solchen Mitteln klein zu kriegen? Man wird schon tiefer in die Tasche greifen und großzügiger denken müssen. Ohne ehrliche Bundesgenossenschaft mit Deutschland wird man Sowjetrußland nicht unschädlich machen. Wie will man uns dafür gewinnen, wenn man uns auf der anderen Seite quält und knutet? Dies und noch einiges andere müßte die deutsche Regierung gegen unsere Feinde auspielen. Dazu ist nötig, daß man das politische und psychologische Fach beherrscht. Damit steht es aber in der Berliner Wilhelmstraße zurzeit schlimmer als je.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191016010/fragment/page=0001

Einstellung des Sonntags-Personenverkehrs im Reiche.

Dresden, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Um den Kohlen- und Lebensmitteltransport auf den deutschen Bahnen sicherzustellen, finden, wie an zuständiger Stelle verlautet, zurzeit zwischen den verschiedenen einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen Verhandlungen statt, die darauf abzielen, den Personenverkehr weiter einzuschränken, um den Güterverkehr nach Möglichkeit zu verstärken. Infolgedessen steht für die Länder, die den Personenverkehr am Sonntag noch nicht eingestellt haben, insbesondere auch für Sachsen, die völlige Einstellung bevor.

Arbeiter im Aufsichtsrat?

Zu dem am meisten umstrittenen Fragen im Betriebsrätegesetz gehört der Eintritt von ein oder zwei Vertretern des Betriebsrates in den Aufsichtsrat einer Gesellschaft und die Vorlegung der Bilanz in allen Betrieben, die mehr als fünfzig Arbeitnehmer beschäftigen. Im „Regulator" unterwirft Reichstagsabg. Erkelenz diese Fragen einer bemerkenswerten Betrachtung:

Die Bestimmungen des Regierungsentwurfs, auf die es ankommt, sind enthalten in den §§ 34 und 35:

§ 34 Absatz 12: „In Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, welche mit den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats gleiche Rechte und Pflichten haben, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung haben brauchen."

§ 35 Absatz 2 und 3: „In Unternehmungen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, und von denen mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigt werden, können die Betriebsräte der zur Unternehmung gehörigen Betriebe verlangen, daß den Betriebsausschüssen, wo solche nicht bestehen, den Betriebsräten, alljährlich vom 1. Januar 1920 ab eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung für das verflossene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt wird.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses oder des Betriebsrats sind verpflichtet, über die ihnen seitens des Arbeitgebers gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren."

Diese erste Bestimmung bezieht sich also nur auf die Betriebe der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften, während die zweite Bestimmung Anwendung findet auf alle Betriebe, die über 50 Arbeitnehmer beschäftigen, gleichgültig, in welcher Rechtsform sie bestehen.

Erkelenz führt die Gründe an, die für und gegen diese Forderung vorgebracht werden: u. a. ob der Gewinn des Unternehmens ungebührlich hoch ist; ob höhere Löhne gezahlt werden könnten; ob Gewinne versteckt und verschleiert werden. Andererseits durch die beiden Bestimmungen würde das private Vermögen des Unternehmers oder der Unternehmung jedem offen gelegt, da die Vertreter des Betriebsrates ja doch nicht darüber schweigen könnten. Es sei aber unzulässig, einen Unternehmer zu zwingen, seine privaten Vermögensverhältnisse anderen Leuten mitzuteilen.

Erkelenz sagte in einer Betrachtung dieser Gründe: Wo sind die Arbeiter, die in die Geheimnisse einer Bilanz eindringen können? Auch die höheren Angestellten, die Buchhalter, die Prokuristen usw. verstehen in der Regel nur die Bilanzen, die sie selber gemacht haben. Ob ein Modellager bei der „Guten Hoffnungshütte" hunderttausend Mark oder eine Million Mark wert ist, wer will das sagen? Das hängt doch davon ab, ob die Maschinen, zu denen die Modelle gehören, noch brauchbar sind, ob nicht eine neue, bessere Maschine die alten Modelle wertlos macht. Wer will sagen, ob ein Eisenlager zu heutigen Preisen eingekauft, in Jahresfrist viel wertvoller ist, oder ob es nur noch die Hälfte des Wertes haben wird? Eine Flugzeugfabrik, die im August 1918, d. h. während des Krieges, Millionen wert war, konnte am 10. November 1918, als der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, fast wertlos sein, da keine Flugzeuge mehr gebaut wurden. Aber weiter: Die Arbeiter als Aufsichtsräte sind verantwortlich für ihr Urteil. Denn sie haben „mit den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats gleiche Rechte und Pflichten", d. h. sie sind unverantwortlich für das, was sie beschließen. Sie können für Irrtümer sowohl zivilrechtlich als strafrechtlich verantwortlich gemacht werden. Und es könnte der Sport böswilliger Betriebsleitungen werden, harmlose Aufsichtsratsmitglieder hereinzulegen. Ein geschickter Unternehmer kann und wird dazu übergehen, den Vertretern des Betriebsrats im Aufsichtsrat besondere Vorteile zuzuwenden. So kann er z. B. ihnen dieselbe Entschädigung zuerkennen, die die anderen Aufsichtsratsmitglieder erhalten, 3—10 000 Mark im Jahr. Und des würden diese Glücksvögel sehr bald büßen durch Entziehung des Vertrauens durch ihre Wählerschaft.

Gibt es andere Lösungen für die berechtigten Wünsche, die zum Verlangen nach Eintritt in den Aufsichtsrat und zur Vorlegung der Bilanz führen. Erkelenz sagt: Der Gegenentwurf des freiheitlich-nationalen Kongresses gibt dazu einige Fingerzeige. Im § 48 befindet sich dort folgender Vorschlag:

„Der Unternehmer erstattet dem Betriebsrat monatlich einen Bericht über den Geschäftsgang, den Absatz, die Beschaffung von Rohstoffen, den Auftragsbestand usw., der einen Ueberblick über die Geschäftslage gewährt.

Die Mitglieder des Betriebsrats sind verpflichtet, über die ihnen seitens des Unternehmers gemachten vertraulichen Mitteilungen Stillschweigen zu bewahren."

Erkelenz sagt: „Wahrscheinlich wird dieser Paragraph in das endgültige Gesetz aufgenommen. Durch diese Bestimmung könnte der Betriebsrat laufend alles erfahren, was er wissen muß, ohne die Verantwortung zu tragen, die ihnen der Regierungsentwurf auferlegt."

Hinsichtlich Aufsichtsrat und Bilanz schlägt der § 61 des Entwurfs des freiheitlich-nationalen Kongresses vor:

„Die Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten können mit dem Unternehmer oder mit den Verbänden der Unternehmer vereinbaren, daß

1. in allen Betrieben, für die ein Aufsichtsrat besteht, den Arbeitnehmern des Betriebes zwei Sitze in demselben zugewiesen werden,
2. der Unternehmer dem Betriebsrat über alle die Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß gibt, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden und gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen,
3. in Betrieben, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, den Betriebsräten oder den beteiligten Berufsvereinen der Arbeitnehmer vom 1. Januar 1920 ab alljährlich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung für das verflossene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt wird,
4. die Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände gemäß der Verordnung der Volksbeauftragten vom 15. November 1918 die Einsichtnahme der zu 3 für 3 bezeichneten Schriftstücke vermitteln können."

Auf diesem Wege, meint Erkelenz, könnte durch die freie Vereinbarung mit den Gewerkvereinen und Gewerkschaften dasselbe erreicht werden, was das Gesetz will, in allen Betrieben, in denen die Verhältnisse dafür reif sind. Es bliebe dann einem späteren Gesetz vorbehalten, die so in freier Vereinbarung gewonnenen Erfahrungen allgemein zu verwerten.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 15. Okt. (99. Sitzung.) Am Ministertische: Müller, Erzberger.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20. Der Gesetzentwurf betreffend den

deutsch-polnischen Vertrag

über die Entlassung seßhaftender Personen und die Gewährung von Straffreiheit wird in allen drei Lesungen ohne weitere Aussprache erledigt und angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Haushaltsberatung:

Haushalt des Reichspräsidenten.

Auch dieser wird erledigt.

Hierauf wird die

Aussprache über die Postverwaltung

fortgesetzt.

Abg. Beuermann (D. Vpt.) beklagt die Einstellung des Luftpostverkehrs. Im Telegramm- und Telephonverkehr müßte das Publikum Selbstzucht üben. Für die Sicherheit im Postverkehr müßte aber besser gesorgt werden. 80 Millionen hat die Post zahlen müssen für Entschädigungen wegen Diebstahls. Ausreichende Gehälter müssen der Versuchung steuern. Der Beamtenkörper hat im Dienste neutral zu sein, außerhalb des Dienstes haben aber die Beamten politische Meinungsfreiheit.

Abg. Zubeil (U. S.): Postbeamte, die sich der neuen Zeit nicht fügen können, müssen entfernt werden. Personal- und Gehaltsreform müssen zu Ende geführt werden.

Abg. Steinkopf (Soz.): Auf den Hauptverkehrszentren ist die Arbeitsfreudigkeit zu alter Höhe zurückgekehrt. Die Hauptsorge aller Angestellten ist die Personalfrage. Die Vorgesetzten müssen ihre nachgeordneten Beamten höflich behandeln. Den in höhere Beamtenkategorien vermärkten Strebenden muß man den Aufstieg erleichtern. Die weiblichen Beamten müssen volle Gleichberechtigung haben. Solche, die behufs Verheiratung freiwillig ausscheiden, müssen eine Abfindung erhalten. Das Mitbestimmungsrecht der Beamten muß gewahrt werden, soweit es irgend mit der Beamteneigenschaft vereinbar ist.

Abg. Koch-Münster (Ztr.): Die Personalverhältnisse müssen gründlich revidiert werden. Eine

gewisse Arbeitsunlust ist vorhanden.

Mit dem Streikgedanken wurde gespielt. Viele Beamte sind der Meinung, daß ihnen mit dem Recht der Vereinigung auch das Streikrecht zusteht. Aber jedes Spielen mit dem Streik ist zu vermeiden. Den unteren und mittleren Beamten muß der Aufstieg erleichtert, die Personalreform beschleunigt werden.

Minister Giesberts:

Dem Beamtenbeirat ist mehrere Wochen Urlaub erteilt worden, damit er eine Denkschrift zur Personalreform ausarbeiten kann. Der Aufstieg soll ermöglicht werden und erleichtert werden. Ausbildungskurse sollen eingerichtet werden. Der Verkehrsschwierigkeiten werden wir erst Herr werden, wenn wir wieder im Dienste groß gewordenes pflichttreues Beamtenpersonal haben. Die Anshelfer, soweit sie sich nicht zur Uebernahme in den ständigen Dienst eignen, müssen abgebaut werden. Bezüglich der Teuerungszulagen können wir nicht selbständig vorgehen. Doch wird die Postverwaltung ihrerseits keinen billigen Forderungen entgegen sein. Auch wegen der Abfindung verschiedener Beamtinnen kann ich nicht allein entscheiden. Verhandlungen wegen Abschaffung der Gebührenfreiheit sind im Gange. An den Beamtenausschüssen Aenderungen vorzunehmen oder Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes wäre unpraktisch.

Abg. Renners (Dem.): Die Beamtenschaft rechnet bestimmt darauf, daß

gründliche Reformen

folgen. Die Beamtenausschüsse müssen auf gesetzliche Grundlage gestellt werden. Das Mitbestimmungsrecht muß kommen.

Abg. D. Mumm (Dn.): Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage muß trotz aller Schwierigkeiten Besserung geschaffen werden.

Damit schließt die Besprechung. Der Posthaushalt wird angenommen.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß am 25. d. M.

eine Pause noch nicht eintreten kann.

In dieser Woche sollen Reichsamt des Innern und Reichsarbeitsamt erledigt werden, in der nächsten Woche das Auswärtige und anderes, in der dritten Woche sollen in Vor- und Nachmittagssitzungen der Rest der zweiten Lesung, die dritte Lesung des Etats und die Reichsabgabenordnung erledigt werden. Ob auch das Reichsnotopfer erledigt werden kann, begegne Zweifeln. Die Zeitverschwendung, die teilweise üppig in die Höhe geschossen ist,

entspricht nicht der Würde des Hauses

und findet draußen keine Anerkennung. Wenn wir unsere Arbeit bewältigen wollen, müssen wir uns auf große Gesichtspunkte beschränken. Es könnte dann am 30. Oktober eine Pause von zwei Wochen eintreten.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Interpellation Arnstadt: Schundliteratur: Reichsministerium des Innern.

Schluß 6 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 15. Okt. (65. Sitzung.) Am Ministertisch: Hirsch, Dr. Südekum, Braun.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20. Zur zweiten Beratung stehen

Nachträge zum Staatshaushaltsplan.

Abg. Graef-Pommern (Dn.) bemängelt die Anforderungen für den Haushalt des Staatsministeriums, soweit sie sich auf die parlamentarischen Unterstaatssekretäre und ministeriellen Leiträte beziehen.

Abg. Richter-Neumünster (Soz.): Die Unterstaatssekretäre sind notwendig, um den Ministerien die Regierungsarbeiten im Wege der Verständigung zu erleichtern.

Abg. Dr. Schlossmann (Dem.): Wir stimmen den Anträgen zu. Die Unterstaatssekretäre müssen Ordnung schaffen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Wir sehen in den Unterstaatssekretären die Bindeglieder der Regierung mit dem Parlament, und in diesem Sinne stimmen wir der Einrichtung zu.

Abg. Dr. Leidig (D. Vpt.): Diese Unterstaatssekretäre verstehen alle durch die Bank von der inneren Verwaltung nichts.

Abg. Graef-Pommern (Dn.): Die aus dem alten Regime übernommenen Beamten tun durchaus loyal ihre Pflicht. Herr Schlossmann braucht also nicht nach dem zu rufen, der Ordnung schafft.

Die Nachträge werden bewilligt.

Es folgt die dritte Beratung der Ergänzungsvorlage zu den Gesetzen vom 1. April und 4. Juni 1919 zur vorläufigen Regelung des Haushaltes:

Verdoppelung der Zuschläge zur Ergänzungssteuer.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Einer Regierung des Belagerungszustandes und der Zeitungsverbote

bewilligen wir keine Mittel.

Ministerpräsident Hirsch:

Der Vorredner hat keinen Anlaß, sich zu beschweren. Mit welchen Mitteln haben Sie gekämpft, als Sie die Macht hatten. (Zuruf: München!) Ohne den Belagerungszustand wäre es jetzt nicht möglich, ruhig und sachlich die Geschäfte zu führen.

Finanzminister Dr. Südekum:

In der „Post" und „Täglichen Rundschau" erschien ein Artikel gegen mich von Günther Horn, worin es hieß, daß er auch nach meinen Darlegungen in der Landesversammlung an seinen Behauptungen über die Bamberger Finanzministerkonferenz festhalte. Auf meine Einladung kam er dann in das Finanzministerium und mußte schließlich dort zu Protokoll geben: „Ich habe mich überzeugt, daß meine Zeitungsnotiz in keinem Punkte der Wahrheit entspricht. Meine Behauptung, daß ich auch nach den Erklärungen des Ministers in der Landesversammlung an der Richtigkeit meiner Darstellung festhalte, nehme ich mit Bedauern zurück."

Nach weiterer unerheblicher Aussprache wird die Vorlage in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. Friedberg (Dem.), im Einvernehmen mit der Reichsregierung sofort Maßnahmen zu treffen, um den durch den schlechten Stand unserer Valuta begünstigten

Schmuggel mit Getreide und Lebensmitteln nach dem Auslande

zu unterbinden.

Abg. Kuhle (Dem.) führt zur Begründung aus: Der Schmuggel mit Lebensmitteln und Vieh wie der Goldschmuggel übt eine geradezu verheerende Wirkung aus. Für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist die Höchstpreispolitik nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Unterstaatssekretär Peters: Die Zollkontrolle an der Westgrenze besteht weiter, wird jedoch durch die Besatzungsbehörden behindert. Unsere Einsprüche blieben erfolglos. Die Zwangswirtschaft können wir jetzt nicht aufheben. Das

Loch in der Zollgrenze besteht auch im Osten.

Gute Erfolge sind aber schon durch die Organe des Grenzschutzes erzielt worden. Auch die Gegner werden durch die ungesunden Verhältnisse an der Zollgrenze geschädigt.

Der Antrag wird angenommen.

Eine Reihe von Littekschriften und der Bericht des Landwirtschaftsausschusses werden erledigt. Die Verordnung über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren wird angenommen.

Donnerstag 12 Uhr: Haushalt der Domänen und Gestüte und Landwirtschaft.

Schluß 5½ Uhr.

Neue Plünderungen im besetzten Gebiet.

WTB. Berlin, 15. Oktober. Wie das „B. T." aus Saarbrücken meldet, ist es in den dem Saargebiet benachbarten preußischen Grenzdörfern zu neuen Plünderungen gekommen. In Hermeskeil plünderten etwa 70 Spartakisten Warenhäuser usw. Die Bürger und Beamten des Ortes bewaffneten sich, und es kam zu einem Gefecht, bei dem zwei Bürger und zwei Plünderer getötet und mehrere verwundet wurden. Französische Truppen sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Hermeskeil eingerückt.

Schnelle Justiz.

München, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der Ministerrat hat das vom Münchener Volksgericht gefällte Todesurteil gegen Kammerstätter bestätigt. Das Todesurteil gegen Kammerstätter wurde heute nachmittag ohne Zwischenfall vollzogen.

Aufhebung der französischen Mobilmachung.

WTB. Versailles, 15. Oktober. (Drahtnachricht.) Durch ein Dekret des Präsidenten der Republik ist die allgemeine Mobilmachung der französischen Armee mit dem heutigen Tage aufgehoben worden.

Poincaré hat unterzeichnet.

Haag, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Poincaré hat die Ratifikationsurkunde unterzeichnet. Der Akt der Ratifizierung wird am Donnerstag im Beisein des belgischen und polnischen Gesandten, die gleichfalls ratifizieren, stattfinden.

Für eine Koalitionsregierung in Wien.

WTB. Wien, 15. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Kreisarbeiterrates, an der auch der Präsident der Nationalversammlung Dr. Seitz teilnahm, der die Notwendigkeit der Koalition zwischen den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten begründete, wurde nach einem Schlußwort Dr. Bauers eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Der Kreisarbeiterrat in Wien erklärt, daß im gegenwärtigen historischen Moment in Deutschösterreich weder die Herrschaft der Arbeiterklasse allein noch der Bourgeoisie allein möglich ist. Die Arbeiterklasse würde nicht Herr werden der Widerstände der Mehrheit der Bevölkerung außerhalb der Industriegebiete und die Bourgeoisie würde scheitern an dem Widerstand des Proletariats, insbesondere Wiens. Jeder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191016010/fragment/page=0002

Versuch der Alleinherrschaft einer Klasse müßte in kürzester Zeit zum gewaltsamen Bürgerkrieg führen, woraus als gewinnende Dritte die Konterrevolution hervorgehen müßte. Es besteht daher leider die traurige Notwendigkeit, vorläufig das System der Koalitionsregierung beizubehalten."

Deutsches Reich.

Auf eine Mine gelaufen.

WTB. **Hamburg**, 15. Oktober. Nach einer Meldung des „Frendenblattes" aus Kopenhagen ist gestern morgen 5 Uhr westlich Esbjerg der deutsche Fischdampfer „Jupiter" aus Geestemünde auf eine Mine gelaufen. Sechs Mann der Besatzung sind umgekommen. Der Rest, darunter der Kapitän, wurde in Esbjerg gelandet.

Tagung deutscher Arbeitgeberverbände.

WTB. **Berlin**, 15. Oktober. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände als Vertretung der deutschen Arbeitgeberschaft für alle sozialpolitischen Fragen hält am 22. Oktober 10 Uhr vormittags in Berlin im Hotel Adlon eine Mitgliederversammlung ab, in der zu den gegenwärtigen sozialpolitischen Vorlagen für die Gesamtheit der Unternehmerschaft Stellung genommen werden soll.

Die Besoldung der Volksschullehrer.

WTB. **Berlin**, 15. Oktober. Im Haushaltsausschuß der Preußischen Landesversammlung haben sämtliche Fraktionen einen Antrag betreffend die Regelung der Besoldung der Volksschullehrkräfte eingebracht.

Wirkung der Hetze der U. S. P.

Versailles, 14. Oktober. „Figaro" und „Petit Parisien" veröffentlichen die Rede des unabhängigen Sozialisten Henke, der im Reichstag erklärte, Deutschland habe jetzt eine Million Soldaten unter Waffen, ohne indes die Antwort des Reichswehrministers Noske anzuführen.

Ein weiterer Geiselmörder verhaftet.

WTB. **Hamburg**, 15. Oktober. Wie die Mittagsblätter melden, ist in der vergangenen Nacht der 28jährige Bankbeamte Georg Kugler wegen Verdachts der Beteiligung an dem Geiselmord in München verhaftet worden.

Ausland.

Wiedereröffnung der Budapester Börse.

WTB. **Budapest**, 15. Okt. Der „Pester Lloyd" meldet: Die maßgebenden Faktoren des Börsenrates beabsichtigen, nachdem der Ministerrat seine grundsätzliche Zustimmung zur Wiedereröffnung der Börse erteilt hat, diese noch Ende dieser Woche zu eröffnen.

Amerikanischer Konkurrenzkampf.

WTB. **Haag**, 15. Oktober. „Daily Mail" meldet aus Newyork: In Amerika mache man alle Anstrengungen, um trotz der Valuta- und Schiffsraumschwierigkeiten sobald als möglich Kunden in Europa zu gewinnen. Die Amerikaner fürchten, daß sonst Krupp und gewisse belgische Fabriken die Märkte der Stahlindustrie in kürzester Zeit erobern.

Tittoni, Italiens Vertreter im Völkerbund.

WTB. **Rom**, 15. Oktober. Agenzia Stefani. Tittoni ist zum Vertreter Italiens im Rat des Völkerbundes, ferner der Abgeordnete Demeli zum stellvertretenden Delegierten der interalliierten Wiedergutmachungskommission ernannt worden.

Finnland lehnt Rußlands Friedensangebot ab.

WTB. **Helsingfors**, 15. Oktober. Die finnische Regierung befaßte sich mit dem Friedensangebot Rußlands und beschloß, dem Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

Frankreichs Vertreter im Völkerbund.

WTB. **Paris**, 15. Oktober. (Drahtnachricht.) (Reuter.) Poincaré und Clemenceau haben ein Dekret unterzeichnet, wonach Leon Bourgeois zum Vertreter Frankreichs im Rate des Völkerbundes ernannt wird.

Halle und Umgegend.

Halle, den 16. Oktober 1919.

Volkszählung und Abstimmungsgebiete.

Der Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen weist darauf hin, daß in die Vordrucke der Fragebogen, die den Haushaltungslisten für die Volkszählung am 8. Oktober 1919 beigelegt waren, und die zur restlosen Ermittlung der Abstimmungsberechtigten in Schleswig, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien dienen sollen, sich Ungenauigkeiten eingeschlichen haben. Nach dem Vordruck sollen in die Fragebogen die in den Abstimmungsbezirken geborenen Preußen eingetragen werden, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben. Der Schutzbund hält dies für unsachgemäß. Stimmberechtigt seien alle Personen, die, soweit sie in den Abstimmungsbezirken Schleswig, Ost- und Westpreußen geboren seien, am Tage der Inkrafttretung des Friedens das zwanzigste Jahr vollendet hätten. Auch für die Ermittelung der Stimmberechtigten aus Oberschlesien sei der Vordruck des Fragebogens ungenau. In Oberschlesien finde die Abstimmung frühestens sechs, spätestens 18 Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages statt. Stimmberechtigt seien die Personen, die vor dem 1. Januar des Abstimmungsjahres das 20. Lebensjahr vollendet hätten. Finde z. B. die Abstimmung in Oberschlesien erst 1921 statt, so seien alle gebürtigen Oberschlesier stimmberechtigt, wenn sie auch nur am 1. Januar 1921 das 20. Lebensjahr vollendet hätten. Der Schutzbund hält es für wünschenswert, daß alle irrtümlich nicht in die Fragebogen eingetragenen Personen, also alle gebürtigen Schleswiger, Ost- und Westpreußen, die zurzeit erst 19 Jahre alt sind, und ebenso alle gebürtigen Oberschlesier, die zurzeit erst 18 Jahre alt sind, sich in die Fragebogen eintragen oder ihre Angaben direkt an den Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen (Berlin NW. 52, Schloß Bellevue) richten.

Was nun?

Die traurige Notlage, in die das deutsche Volk durch die Unterzeichnung des Versailler „Friedens"vertrages gekommen ist, wurde — getreu der durch die deutschnationale Zentrale in Berlin ausgegebenen Parole — von Pfarrer D. Max Maurenbrecher, der einst mit Friedrich Naumann für die Ziele der National-Sozialen arbeitete, dann sich der Sozialdemokratie anschloß und nun zu den Deutschnationalen übergetreten ist, in seinem Vortrag im Zoo parteiagitatorisch ausgenutzt. Alle Schuld für die jetzigen und zukünftigen Verhältnisse wurde den jetzigen Regierungsparteien und den „elenden Lumpen" (!) von Ministern zugeschoben. Rettung zu erwarten sei nur von einer „nationalen Weltrevolution", zu der sich hoffentlich in 15—20 Jahren alle bedrückten und unterdrückten Völker im gemeinsamen Kampfe gegen den angelsächsischen Imperialismus erheben würden. Deutschland sei zur Führung dieser Bewegung berufen, es soll zum Retter der gesamten unter dem angelsächsischen Joche schmachtenden Menschheit werden.

Zur Erfüllung dieser hohen Aufgabe müsse aber zuerst in Deutschland selbst der die Volkskraft zerfressende und zerstörende demokratische Geist ausgerottet werden, und die deutschnationale Volksartei die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich bringen.

Die Deutschnationalen arbeiten also bereits für den nächsten Krieg. Man wird sich des offenherzigen Geständnis Maurenbrechers, das die Absichten seiner Partei betrifft, merken müssen.

Zentralstelle für die Unterbringung deutscher Kinder in der Schweiz.

Herr Prof. Dr. Abderhalden schreibt uns: Am 20. ds. wird ein langer Sonderzug von Halle Kinder nach der Schweiz bringen. Im ganzen über 1000 Kinder. Beteiligt sind: Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Breslau, Magdeburg, Frankfurt a. M., zahlreiche Städte des Freistaates Sachsen, Bitterfeld, Merseburg, Halle. Alle Kinder, die am vergangenen Sonntag ausgesucht worden sind, dürfen mitreisen. Darüber hinaus sind noch über 100 Kinder bestimmt worden. Der kommende Transport wird voraussichtlich in diesem Jahre der letzte sein, wenn ofiens soweit unterernährte Kinder in Frage kommen. Halle hat bis jetzt wohl etwa 1200 Kinder nach der Schweiz entsenden können.

Vereinigung zur Erforschung der heimischen Pflanzenwelt.

In der letzten Sitzung leite Herr Oberstabsveterinär Fleischer eine Anzahl seltener Farne vor, die aus den Kulturen des Herrn Dr. Dieck in Zöllsen stammten, besonders beachtenswert waren die mannigfaltigen Abänderungen einer Asplidium-Art. Herr Oberpfarrer Schaffer sprach über eingeschleppte Pflanzen aus dem Botanegebiet von Aden, die mit fertigem Erzen dorthin gelangt sind. — Die nächste Sitzung findet am Sonnabend, den 18. Okt., 3½ Uhr im Naturkeller statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über Campanula und kleinere Mitteilungen.

Handwerkslehrlinge und Tarifverträge.

Im Handwerk besteht vielfach Unklarheit, ob durch einen Tarifvertrag, selbst für den Fall, daß er nach § 2 der Verordnung vom 23. 12. 18 durch eine Erklärung des Reichsarbeitsministeriums mit Gesetzeskraft ausgestattet wird, in die bestehenden Vorschriften über die Regelung des Lehrlingswesens, wozu auch die Bestimmungen des Lehrvertrages zu rechnen sind, eingegriffen werden kann. Hierzu bemerkt die Handwerkskammer zu Halle, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Lehrlingsverhältnisse gemäß §§ 126 bis 132a R.-G.-O., sowie die von den Kammern und Innungen zur Regelung des Lehrlingswesens erlassenen Vorschriften nicht im Wege des Tarifvertrages beseitigt werden können.

Ein Reichsbund deutscher Technik

(Bund der technischen Berufsstände) ist gegründet worden. Diese Vereinigung bezweckt den Zusammenschluß der gesamten Technikerschaft Deutschlands, gleichgültig welcher Parteirichtung der Einzelne angehört. Zweck der Vereinigung ist, eine regere Anteilnahme der Techniker an öffentlichen und politischen Fragen zu erzielen und es den Technikern mehr als bisher zu ermöglichen, infolge ihrer Kenntnisse am Wiederaufbau des Reiches an verantwortungsvollen Stellen mitzuarbeiten. In Halle haben sich fast sämtliche technischen Vereine der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes körperschaftlich angeschlossen, so daß die Ortsgruppe einschließlich einer großen Anzahl von Einzelmitgliedern über 1000 Mitglieder allein in Halle aufweist.

Der 19. Verbandstag des Verbandes der Gemeinde-Zivilsupernumerare

fand am 27. und 28. September im Künstlerhause zu Hannover statt. Nach einer durch die Kriegsverhältnisse herbeigeführten mehrjährigen Unterbrechung hielt der Verband, in welchem Stadtsekretäre und Sekretariatsanwärter der größeren und mittleren Gemeindeverwaltungen Preußens zusammengeschlossen sind, seit 1913 wieder seine erste Zusammenkunft ab. Von fast sämtlichen Vereinen, selbst aus Königsberg, waren Vertreter entsandt. Der Verbandstag gab einmütig der Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Zusammenschluß der aus dem Zivilanwärterstande hervorgegangenen Gemeindebeamten mit höherer Schulbildung in enger Eingliederung in die übrigen Beamtenorganisationen nötiger sei denn je. Eine Reihe von Verbandsangelegenheiten wurden besprochen und Richtlinien für die weitere Verbandstätigkeit aufgestellt. Der wichtigste Verhandlungsgegenstand war die Frage der Vorbildung, Ausbildung und Fortbildung der in die mittlere Beamtenlaufbahn der Gemeindeverwaltungen eintretenden Anwärter. Verwaltungsschulleiter Rohrbach-Dortmund schilderte in einem längeren Vortrage die Bedeutung der Verwaltungsfachschulen und Verwaltungshochschulen für die Schaffung eines wissenschaftlich geschulten mittleren Beamtenstandes und betonte die Notwendigkeit eines planmäßigen einheitlichen Ausbildungsganges für die gesamte mittlere Beamtenschaft. Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, daß der Verband seine grundsätzliche Stellung zur Bildungsfrage festlegen und einen Bildungsplan ausarbeiten solle. Die Vorstandswahl ergab ein Verbleiben des Verbandssitzes in Hannover.

Sein 25jähriges Jubiläum beging der Bureauvorsteher Herr Otto Sennewald im Dienste der Vaterländischen Feuer-Versicherungs-Akt.-Ges. in Elberfeld (jetzt „Vaterländische" und „Albania" Versicherungs-Gesellschaften, Akt.-Ges.). Dem namentlich durch seine frühere Tätigkeit als Schriftführer des Kreisfeuerwehrverbandes Halle-Saalkreis in weiten Kreisen geschätzten Jubilar wurden von seiten der Direktion, dem Verwalter und den Angestellten der halischen General-Agentur Geschenke und sonstige Ehrungen in reichem Maße zuteil, auch vereinigten sich die Angestellten mit dem Verwalter, Herrn Oberinspektor und Hauptmann d. L. Weber, zu einem gemütlichen Beisammensein im Vereinshaus zum „St. Nikolaus".

Provinzial-Nachrichten.

Eine Neuerung im Lokomotivbetrieb?

Auf einer Versammlung bayerischer Lokomotivführer in Augsburg wurde eine Erfindung vorgeführt, und zwar handelt es sich um eine Erfindung betreffs Schweißen der Siederohre in der Feuerbuchswand der Lokomotiven, welche der technische Bahnverwalter Brach aus Würzburg gemacht hat. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Lokomotivführer dessen Ausführungen. Sie brachten der Erfindung das größte Interesse entgegen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der sie sich von der Brauchbarkeit der von dem technischen Bahnverwalter Brach vorgeführten Erfindung für überzeugt erklärte und davon die endgültige Beseitigung eines bisher geradezu unvermeidbar erscheinenden Uebels erwartet. Die Versammlung richtet an das Kriegsministerium des Verkehrsministeriums die Aufforderung, unverzüglich einen Probeversuch zu unternehmen, und zwar unter Aufsicht des Erfinders.

Aus Fachkreisen wird dazu bemerkt:

Obwohl die vorerwähnte Erfindung sich im regelmäßigen Dienst bewähren wird, kann nur die eingehende Erprobung in der Praxis lehren. Die Frage der dauerhaften Verbindung der Siederohre mit der Wand der Feuerbuchse gehört zu den wichtigsten Problemen des Lokomotivbaues, von deren Lösung die dauernde Betriebsfähigkeit der Lokomotive abhängt. Die bisher üblichen Verstemmungen befriedigten nicht, da die Erschütterungen des Betriebes mit der Zeit eine Lockerung der Verbindungen herbeiführten. Das Aufrauhen der Bleche und die Zwischenlage von dünnen Kupferblättern hat nur eine geringe Besserung gebracht; es wäre daher außerordentlich zu begrüßen sein, wenn, wie oben angegeben, der an sich weit einfachere Schweißprozeß die Uebelstände dauernd beseitigte. Der jetzt außerordentlich hohe Reparaturstand unserer Lokomotiven, durch den unser ganzes Eisenbahnbetrieb aufs schwerste gestört wird, würde sich dann wesentlich herabsetzen lassen.

Landsberg, 14. Okt. (Der Revolver in der Schublade.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich im nahen Schwitz. Der Gutsbesitzer Franz Schumann war im Begriff, aus seinem Schreibtische eine Schachtel Lenolin zu holen, um sich damit die Hände einzureiben. Als er die Schublade aufzog, entglitt sie ihm und fiel zu Boden. Dabei entlud sich der darin liegende Revolver, und der Schuß ging Schumann direkt in das Herz, so daß der Tod nach wenigen Augenblicken eintrat.

Stendal, 15. Okt. (Großer Wäschediebstahl.) In eine Baracke des Gefangenenlagers wurde nachts eingebrochen und folgende Sachen entwendet: 200 Bettbezüge, 300 Bettlaken, 300 Deckenbezüge, 1500 Handtücher und 30 Schlafsecken im Werte von 20 000 Mk.

Bebra, 14. Oktober. (Von einer tragikomischen Diebstahlssache,) die sich auf der Bahnstrecke Frankfurt-Bebra abgespielt hat, weiß der Konneburger Anzeiger zu berichten. Er schreibt: In den Zug steigt eine Frau mit einem schwerkranken Kindchen auf dem Arm. Sie will nach Hause, um ihren Liebling die nötige Pflege angedeihen zu lassen. Das Schicksal fügt es, daß das Kind während der Fahrt sein Leben aushaucht. Um die Leiche während der langen Fahrt nicht den Blicken der Passagiere auszusetzen, stellt ein bildbestreiter Herr einen großen Karton zur Verfügung, in den das tote Kind gebettet wird, worauf der Karton mit einem starken Bogen umhüllt, verschnürt und in das Gepäcknetz gelegt wird. Die Passagiere wechseln oft, dann heißt es Bebra, umsteigen! Gedränge im Abteil. Die schmerzerfüllte Frau wartet bis zuletzt. Als sie aber den Karton nehmen will, war er verschwunden, natürlich gestohlen. Wie groß die Augen des Spitzbuben geworden sind, als er den Karton öffnete, mögen sich die Leser und Leserinnen selbst ausmalen!

Einbeck, 15. Okt. (Versteckte Waffen.) Ein Waffen- und Munitionslager ist in Künthel bei einem Wagenwärter gefunden. Das Lager, das eine große Menge von Gewehren mit Munition und Handgranaten enthielt, wurde beschlagnahmt.

Letzte Depeschen.

Eine Machtprobe.

WTB. **Frankfurt a. M.**, 15. Oktober. (Drahtnachricht.) Die Eisenbahndirektion teilt mit: Die Eisenbahnarbeiterschaft Frankfurts erzwang am 13. d. M. vom Eisenbahnbaudirektionspräsidenten das Zugeständnis, daß der Arbeiterausschuß an den Direktionssitzungen teilnehme. Entgegen Zeitungsmeldungen ist es zu lärmenden Auftritten unter gröblichster Beschimpfung und tätlicher Bedrohung der Person des Präsidenten gekommen. Der weitere Verlauf der Angelegenheit erwies, daß es sich bei der Kundgebung um einen planmäßigen Vorstoß gegen die Eisenbahnverwaltung und um eine Machtprobe handelte.

Nur so ist es verständlich, daß am 14. d. M. der Rücktritt weiterer Beamter und der Ausschluß des Allgemeinen Eisenbahnarbeiterverbandes von der Mitarbeit verlangt wurde. Damit beschreitet die Arbeiterschaft einen Weg, der notwendigerweise zu einer schweren Schädigung der Allgemeinheit führen muß. Das Vorgehen ist umso unverantwortlicher, als eine gesetzliche Regelung der Arbeitervertretung in den Betrieben unmittelbar bevorsteht.

Vermischtes.

Ein neuer Jungbrunnen.

Die Verpflanzung von Affendrüsen auf alternde Menschen.

Von den Lebenseliieren der Alchemisten bis zu den Versuchen der neuzeitlichen Wissenschaft, das menschliche Leben zu verlängern und zu verjüngen, ist die Kunst eifrig geübt worden, dem menschlichen Leben eine längere Dauer zu verleihen. Aus der Geschichte der jüngsten Vergangenheit sei hier nur an die Aufsehen erregenden Mitteilungen des französisch-amerikanischen Professors Brown-Sequard erinnert, der in einem aus den Geschlechtsdrüsen von Hammeln gewonnenen Extrakt ein Mittel gefunden haben wollte, das alten Leuten Kraft und Jugend wiedergeben sollte. Vor wenigen Jahren hat sich ferner der bekannte französische Arzt Dr. Doyen mit diesem seit Jahrhunderten behandelten und nie gelösten Problem beschäftigt. Er stellte, wie Brown-Sequard, über seinen Experimenten, ohne das Problem gelöst zu haben. Jetzt ist die Reihe an den Direktor des Physiologischen Laboratoriums am Pariser College de France, Dr. Serginis Woronoff, der kürzlich dem Kongreß für Chirurgie in Paris interessante Mitteilungen über seine darauf bezüglichen Experimente machte. Er eröffnete im Verlauf seines Vortrages den alten Leuten verlorende Aussichten, die entschwundene Kraft und Jugend wieder zu gewinnen. Aussichten, die angesichts der bisherigen Erfahrungen allerdings mit berechtigter Vorsicht aufgenommen werden müssen. Auf Grund der von ihm als seine Spezialität betriebenen Versuche, Drüsen und Gewebsteile von einem auf den anderen Körper zu verpflanzen, hält sich Dr. Woronoff für berechtigt, von dem Mittel der Impfung auch für die Möglichkeit der Verjüngung des menschlichen Lebens Ergebnisse zu erhoffen, die bisher weder bei der innerlichen Anwendung, noch der subkutanen Einspritzung von lebenskräftigen Substanzen zu erzielen waren. Mit Hilfe seiner Gattin, die ihm bei diesen Versuchen als Assistentin diente, hat der französische Arzt interstitielle Drüsen, deren Ausscheidung die Quelle der vitalen Lebenskraft bildet, alten und abgenutzten Ziegenböcken und Hammeln eingeimpft, mit dem Erfolg, daß die geimpften Tiere ihre Kraft und Jugend wieder erlangten. Das Ergebnis würde an sich schon geeignet sein, für die Viehzucht weitgehende Ausblicke zu eröffnen. Aber Dr. Woronoff begnügt sich nicht mit diesem Ergebnis, sondern glaubt, auf Grund seiner Erfahrungen, die Zeit gekommen, das Feld seiner Versuche aus dem Laboratorium auf den Operationssaal zu übertragen und die Verjüngungsmethode an menschlichem Versuchsmaterial zu erproben. Er gab seiner festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die Verpflanzung der interstitiellen Drüsen eines Affen auf einen Greis diesem die verlorene Kraft und Jugend wiedergeben würde. Die Ergebnisse seiner Impfversuche bei Affen haben ihm den Mut, ein gleich gutes Ergebnis auch bei Menschen verbürgen zu können. f.

Ein wertvoller Zuwachs der Brüsseler Galerie. Das Kgl. Museum in Brüssel erhielt soeben als Geschenk von der Gräfin Valencia de Don Juan, die 1918 in Paris verstorben ist, eine Sammlung alter Meister, unter denen zunächst zwei Flügel eines Triptychons von Geertje van Sint Jans hervorragen. Einer der Flügel stellt die Gefangennahme Christi, der andere die Grablegung dar. An weiteren bedeutsamen Werken der Stiftung sind dem „Cicerone" zufolge zu nennen: Ein Triptychon aus der Geschichte des heiligen Antonius von Ysenbrandt, ferner ein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191016010/fragment/page=0003

solches mit Johannes dem Täufer von Claessens, einem Meister zweiten Ranges aus der Schule von Brüssel. Ferner zwei Porträts der Erzherzöge Albert und Isabella, die dem Pourbus zugewiesen werden und endlich fünf Skizzen von Rubens. Die letztgenannten Werke stellen den wertvollsten Teil der Stiftung dar. Sie gehören zu der Serie jener 30 nach Ovid gefertigten Skizzen, die Rubens für ein Jagdschloß Philipps IV. in der Nähe von Madrid angefertigt hat, von denen das Brüsseler Museum bereits seit Jahren drei besaß.

Das kleinste Flugzeug der Welt, eine Konstruktion des Fliegers Loussautrot, hat vor kurzem, wie die „Illustrierte Flug-Welt" mitteilt, einen erfolgreichen Probeflug von einstündiger Dauer in 1500 Meter Höhe und einen wohlgelungenen Abflug im Gleitflug unternommen. Das neue Flugzeug, „Le Moustique" genannt, ist ein Eindecker von nur 4 Meter Breite; der Antriebsmotor hat nur 20 PS.

Errichtung eines Freiluftkinderspitales. Auf dem Dache der Kinderklinik der Wiener Universität (Vorstand Prof. Dr. Pirquet) wurde ein Freiluftspital für tuberkulöse Kinder eröffnet.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Pferdesport.

Rennen zu München-Riem.

(Eigener Drahtbericht der Saale-Zeitung.)

1. Preis von Haidhausen (8000 Mk., Verkaufsrennen, 1600 Meter): 1. Pupchen, 2. Deutschland, 3. Dodemir. Tot.: Sieg 81, Platz 18, 14 : 10. 6 liefen.

2. Preis von Dagling (8000 Mk., Jagdrennen, 4200 Meter): 1. Gyp, 2. Erich, 3. Blauschwarz. Tot.: Sieg 79, Platz 15, 13, 12 : 10. 9 liefen.

3. Preis von München (22 000 Mk., 1400 Meter): 1. Delila, 2. Maas, 3. Kowno. Tot.: Sieg 18, Platz 12, 15, 14 : 10. 12 liefen.

4. Preis von Nymphenburg (10 000 Mk., Jagdrennen, Ausgleich, 4000 Meter): 1. Koran, 2. Eiche II, 3. Klingsor. Tot.: Sieg 23, Platz 18, 24 : 10. 4 liefen.

5. Preis von Bogenhausen (16 000 Mk., Ausgleich, 2400 Mtr.): 1. Eggenfelden, 2. Savanju, 3. Sunnihilft. Tot.: Sieg 50, Platz 14, 17, 13 : 10. 8 liefen.

6. Preis von Gräfelfing (8000 Mk., Hürdenrennen, 3000 Meter): 1. O'Ban, 2. Irlbach, 3. Cäsar. Tot.: Sieg 14, Platz 12, 11 : 10. 5 liefen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Stillegung von Farbenfabriken.

Aus Fachkreisen wird geschrieben:

Die ständig wachsende Kohlenkrisis hat, wie wir hören, für eine Anzahl deutscher Farbwerke inzwischen einen derartig bedrohlichen Charakter angenommen, daß sie entweder den Betrieb bereits vollständig eingestellt haben oder gezwungen sind, in wenigen Tagen die Stillegung zu verfügen. Die Höchster Farbwerke arbeiten bis auf weiteres schon seit Anfang der zweiten Oktoberwoche nicht mehr. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den chemischen Werken in Griesheim. Die Vereinigten Chemischen Fabriken Mannheim-Wohlgelegen und die Vereinigten chemischen Fabriken Heilbronn müssen, wie wir erfahren, in diesen Tagen die Produktion einstellen. Damit dürften etwa 20 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigungslos werden. Die Hauptursache für diese bedauerliche Erscheinung im deutschen Wirtschaftsleben ist das völlige Versagen des Kohlentransportes durch das Eisenbahnwesen. Die Reparatur der Lokomotiven und Güterwagen läßt noch immer alles zu wünschen übrig. Mit den vielen Juristen in der Eisenbahnverwaltung wird trotz des besten Willens des Reichseisenbahnministers nicht geholfen. Jetzt müssen vor allen Dingen die Techniker eingreifen, um den verfahrenen Karren wieder in Gang zu bringen. Die verringerte Kohlenproduktion und die großen Lieferungen von Kohlen an die Entente kann erst in zweiter Linie als Ursache für die Stillegung der erwähnten chemischen Betriebe bezeichnet werden. Es läßt sich im übrigen nicht verleugnen, daß die Abschließung von Mannheim, Höchst, Heilbronn von der Kohlenzufuhr und die Bevorzugung der Industrien der linksrheinischen Gebiete mit der Kohlenbelieferung ebenfalls einen stark nachteiligen Einfluß auf die Weiterführung solcher Betriebe in den Uebergangsgebieten ausübt, die, wie die Teerfarbenwerke, in doppelt schwieriger Lage sind, weil sie die Kohle nicht nur als Heizmaterial, sondern auch in gewaltigen Mengen als Rohstoff benötigen.

Die Wiederaufnahme der Linoleumindustrie.

Von den in Delmenhorst bestehenden Linoleumfabriken hört man, daß es ihren fortgesetzten Bemühungen gelungen ist, seitens der Reichsverteilungsstelle Zusage der Belieferung mit einem Anfangsquantum der erforderlichen Materialien zu erhalten. Es handelt sich indes zunächst um ganz geringe Mengen und damit um die Aufnahme der Fabrikation in sehr beschränktem Umfange. Die zunächst ins Auge gefaßte umfanglich so stark begrenzte Aufnahme der Arbeit ist auch aus dem Grunde geboten, weil bei dem langjährigen, große Vorbereitungen erfordernden Herstellungsprozeß noch in keiner Weise übersehen werden kann, ob bei den außerordentlich hohen Materialpreisen und Gestehungskosten entsprechende Erlöspreise zu erreichen sein werden. — Die Linoleumindustrie hat bekanntlich infolge des Krieges und des Fehlens der Rohmaterialien seit mehr als vier Jahren vollständig stillgelegen.

Konjunkturumschwung in Japan.

In der japanischen Industrie ist schwedischen Blättern zufolge mit Kriegsende ein Niedergang der Konjunktur festzustellen. Von 350 Werftanlagen sollen 30 v. H. ihren Betrieb vollständig eingestellt haben. Eine gleiche Betriebseinschränkung werde in der Farbstoffindustrie erwartet, die übrigens trotz aller Anstrengungen nicht mit ausländischen Erzeugnissen konkurrieren könne. In der Metallindustrie seien infolge von Ueberproduktion die Preise um 40 bis 50 v. H. gefallen. — Nach amtlichen Angaben sind während des Krieges etwa 14 000 neue landwirtschaftliche Unternehmen mit 440 Millionen Yen gegründet worden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter hat sich um 27 000 erhöht. Bei 5000 industriellen Unternehmungen hat eine Vermehrung der Arbeiterschaft um 160 000 Köpfe stattgefunden. Der Wert der Ausfuhr steigerte sich in den Kriegsjahren wie folgt:

1913	632	Millionen Yen
1914	591	„ „
1915	706	„ „
1916	1137	„ „
1917	1603	„ „
1918	1946	„ „

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 15. Oktober. Die traurigen Valutaverhältnisse und die damit in Zusammenhang stehende weit verbreitete Ansicht, daß das Ausland die Aktien unserer für zeitweilig gehaltenen Industrieunternehmungen kauft, führte der Börse auch heute wieder neue Käufer zu. Unter bester Nachfrage stiegen einzelne sogenannte Valutapapiere, wie Steaua Romana und Türkischer Tabak, beträchtlich. Sehr starke Aufwärtsbewegung setzte am Montanmarkte ein, wo Steigerungen über 10 Prozent keine Ausnahme bildeten. Bevorzugt waren Bochumer, Deutsch-Luxemburger und Phönix. Auch einzelne Spezialwerte stiegen beträchtlich, so Vereinigte Köln-Rottweiler 17, Deutsche Waffen 7 und Deutsch-Ueberseeische Elektrische 9 Prozent. Petroleumaktien lagen gleichfalls beträchtliche Besserungen. Schiffahrtsaktien und Farbwerte zogen ebenfalls weiter, wenn auch in bescheidenem Maße an. Cervorzukehen ist noch die Erhöhung von Anglo-Guano und Dynamit um 13 bezw. 17 Prozent. Im Verkaufe blieben teilweise die Höchstkurse infolge von Gewinnrealisierungen nicht behauptet, jedoch der größte Teil des Gewinnes bestehen. Der Anlagemarkt zeigte keine Aenderung seiner festen Haltung. Im Verkaufe reranlaßten Gewinnrealisierungen ein teilweises Nachlassen der Kurse, namentlich in ausländischen und Kolonialwerten. Dagegen vermochten Montanpapiere ihre Kursgewinne überwiegend zu behaupten. Die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriepapiere wiesen wieder teilweise beträchtliche Steigerungen auf.

Devisenkurse.

Berlin, 15. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Vorheriger Tag Geld	Vorheriger Tag Brief
New York	1 Doll.	— . —	— . —	— . —	— . —
Holland	100 Fl.	1046.70	1053.30	1024,00	1026,00
Dänemark	100 Kr.	574.25	565.75	581.75	583.25
Schweden	100 Kr.	674.25	675.75	669.25	660.75
Norwegen	100 Kr.	626.75	628.25	620.25	620.75
Schweiz	100 Fr.	494.50	495.50	483.50	484.50
Wien, alles Oesterreich, abgest.		23,95	24,05	25.45	25,55
Ungarn		23.95	24.05	25,20	25.30
Prag		— . —	— . —	— . —	— . —
		76.10	76,30	76,40	76,60

Konstantinopel Geld — — Brief — —
für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 524,50 Brief 525,50
für 100 Peseten
Helsingfors 97,25 99,25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 15. Oktober. Am Produktenmarkt machte sich Hafer immer knapper, da Lokoware immer mehr zusammenschwindet und Angebote auf Abladung geringer werden. Die Tendenz für Hafer bleibt daher außerordentlich fest. Recht lebhaft gestaltete sich das Erbsengeschäft. Die höheren Preisforderungen wurden bewilligt. Ebenso auch für Peluschken und Pferdebohnen. Wicken waren bei ruhigem Geschäft weiter fest. Lupinen und Serradella behaupteten ihren Preisstand. Heu und Stroh blieben sehr fest. Runkelrüben wurden lebhaft gehandelt.

Berlin, 15. Oktober. Amtliche Notizen. Inländ. Hafer für 1000 Kg. in Mark: loko ab Speicher frei Wagen 1320 bis 1340 Mark. Tendenz fest.

Die Commerz- und Discontobank eröffnet am 1. November d. J. in Landsberg a. W. eine Filiale und übernimmt zu diesem Zweck das 1895 gegründete Bankgeschäft Max Behne.

Im Konkurs des verstorbenen Bankiers Adolf Lindner in Berlin betragen die vom Verwalter bis jetzt ermittelten Passiven 631 563 Mark. Es schweben wahre Monsterprozesse und große Prozesse, sodaß die Passiven voraussichtlich noch weit über 1 Million erhöhen. Bücher sind nicht vorhanden; es steht jedoch fest, daß der Verstorbene weit über seine Verhältnisse gegangen war. Zurzeit stellt der Verwalter eine Dividende von 0,31 Proz. in Aussicht; jedoch ist eine noch geringere Quote sehr wahrscheinlich.

Wilhelm von Siemens, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens- und Halske-Aktiengesellschaft und der Siemens-Schuckert-Werke, ist Dienstag abend in der Schweiz gestorben.

Sächsische Gußstahlfabrik Döhlen bei Dresden. Der Abschluß ergibt einschließlich des Gewinnvortrags von 2 575 969 (3 434 479) Mark und nach Kürzung der Abschreibungen von 1 594 949 Mk. (2 884 423 Mk.) einen Reingewinn von 3 430 522 (8 157 131) Mk. Die Verwaltung teilt mit, daß sie auf den 8 Mill. an festverzinslichen Wertpapieren 1 490 160 Mk. abbuchen mußte. Sie bringt eine Dividende von 12 Prozent (30) in Vorschlag, ferner 750 000 Mark Rückstellungen für Aufschlußarbeiten im Erzgebirge (i. V. 1 250 000 Mk. für die Ueberführung der Betri be in die Friedenswirtschaft). Auf neue Rechnung sollen 1 222 475 Mk. vorgetragen werden. Im neuen Geschäftsjahr ist der Auftragseingang bisher gut gewesen. Die Betriebsschwierigkeiten bestehen unvermindert fort.

Westfälische Kupfer- und Messingwerke A.-G., vorm. Cuno Noll in Lüdenscheid. Auf der Tagesordnung der zum 1. Nov. einberufenen ordentlichen Generalversammlung steht u. a. auch ein Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals von 3 Mill. auf 5 Mill. Mark. Eine Kapitalserhöhung um einen Betrag bis zu 1,5 Mill. Mark war bereits im Jahre 1912 beschlossen worden, konnte jedoch erst wegen der Geldverhältnisse, dann wegen des Krieges leider nicht durchgeführt werden. An Dividenden wurden verteilt für 1916/17: 15 Proz., 1917/18: 15 Proz. und 1918/19: 12 Prozent.

Berger Werke zu Rüdesland und Zorge zu Blankenburg. In den Kreisen der Aktionäre macht sich gegen den Vorschlag der Verwaltung, den Geldbedarf teilweise durch die Ausgabe von Obligationen zu beschaffen, Opposition geltend. Man hatte damit gerechnet, daß die durch die enge pannte Beschäftigung des Werkes bedingte Geschäftsjahr neuer Mittel ganz durch die Ausgabe neuer Aktien gedeckt werden würde, wobei den Aktionären ein Bezugsrecht eingeräumt werden sollte. Es ist beabsichtigt, bei der Verwaltung in diesem Sinne vorstellig zu werden.

Munitionsmaterial- und Metallwerke Hindrichs-Auffermann A.-G. in Beyenburg-Wuppertal. Die Generalversammlung, in der 738 000 Mark Aktienkapital vertreten war, setzte, wie gemeldet wird, die sofort zahlbare Dividende auf 8 Prozent fest. Außerdem gelangt auf jede Aktie eine 4½proz. Reichsschatzanweisung über 100 Mark zur Verteilung. An Stelle des aus Gesundheitsrücksichten aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Direktors Gustav Genschow wurde keine Neuwahl vorgenommen, weil wahrscheinlich in allernächster Zeit es gelingen werde, ein Aufsichtsratsmitglied zu bekommen, das auch fachmännisch der Direktion zur Seite stehen könne. Die beantragte Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Beyenburg nach Barmen wurde genehmigt. Ueber die Geschäftslage wurden keine Mitteilungen gemacht.

Portland-Cementfabrik Allemannia A.-G. in Hover. Die gestrige ordentliche Generalversammlung beschloß auf Antrag eines Aktionärs unter Zustimmung der Verwaltung außer der vorgeschlagenen 4 Proz. Dividende noch 3½ Proz. Sondervergütung zu verteilen unter Aufhebung des Delcredere- und Kriegsgewinnsteuer-Kontos.

Döring & Lehmann, A.-G. in Helmstedt. Wie die Verwaltung mitteilt, hat die Gesellschaft erheblich unter Arbeiterschwierigkeiten zu leiden. Die Dividende werde für das bemnächst beendete Geschäftsjahr keinesweg über die vorjährige (5 Proz. für Stammaktien und 6 Proz. für Vorzugsaktien) hinausgehen.

Neue Zahlungsbedingungen in der Schreibfederindustrie. In einer Sitzung des Wirtschaftsverbandes der deutschen Schreibfederindustrie haben die deutschen Schreibfederfabrikanten beschlossen, künftig ein einheitliches Zahlungsziel festzusetzen, das sowohl für Groß- wie für Kleinhändler höchstens 30 Tage nom Lieferungstage ab gerechnet betragen soll mit einem Kassaskonto bis zu höchstens 2 Proz. Ferner wurden einheitliche Bestimmungen für alle Schreibfederfabrikanten über die Berechnung der Verpackungsspesen und über die Lieferung von Sonderanfertigungen vereinbart.

Dresdner Preßhefen- und Kornspiritus-Fabrik (sonst J. L. Bramsch) **Akt.-Ges. in Dresden.** Der Rohgewinn ist auf 815 839 Mk. (900 101 Mk.) zurückgegangen, da infolge zeitweiser Stillegung des Betriebes der vorjährige Hefeabsatz nicht erreicht wurde. Da aber diesmal keine Abschreibungen vorgenommen wurden, können trotz Steigerung der Unkosten auf 625 241 Mk. (590 481 Mk.) noch 192 658 Mk. (195 059) Reingewinn ausgewiesen werden, aus dem wieder 18 Prozent Dividende vorgeschlagen werden. Die Kreditoren erhöhten sich auf 697 709 Mk. (340 322 Mk.).

Franconia Schokolade- und Konserven-Fabrik vorm. W. F. Mucherer u. Co. A.-G. in Würzburg. Im Geschäftsjahr 1918/19 blieb nach 155 471 Mk. (i. V. 98 622 Mk.) und Absetzung von 12 053 (755) Mk. für uneinbringliche Forderungen ein Reingewinn von 128 662 (205 512) Mk. Die Dividende, die in den drei vorangegangenen Jahren je 10 Proz. betragen hatte, erfährt einen Rückgang auf 7 Proz. Der Bericht des Vorstandes weist auf die bekannten Umstände hin, die zu einem merkbaren Rückgang der Erzeugung führten. Das kommende Jahr werde unter dem Zeichen der Zuckerknappheit stehen. Die ersten Zusuhren von Kakao seien zwar eingetroffen, aber ohne die Möglichkeit, ausländischen Zucker hereinzunehmen, sei an eine ausreichende Beschäftigung der Schokoladenfabrik nicht zu denken.

Cuxhavener Hochseefischerei A.-G., Cuxhaven. Der Abschluß für 30. Juni verzeichnet 1 011 (0,88) Mill. Mark Gewinn am Dampferbetrieb. Einschl. 35 872 (29 411) Mk. Vortrag ergeben sich 550 102 (711 966) Mk. Reingewinn, woraus 10 (14) Prozent Dividende verteilt und 3469 (35 872) Mk. vorgetragen werden. In der Bilanz werden ausgewiesen: Kred toren mit 0,62 (0,09) Mill., rückständige Zahlungen mit 0,48 (0,06) Mill., Rückstellungen für Kriegsgewinnsteuer mit 0,33 (0,12) Mill. Demgegenüber waren an Bankguthaben 3,12 (0,87) Mill. und an Beteiligungen 0,22 (0,21) Mill. vorhanden. Bei einem i. V. um 1,7 auf 5 Mill. Mark erhöhten Aktienkapital stehen 26 (21) Dampfer mit 3,53 (1,69) Mill. zu Buch. An Reserven, denen das Agio bei der Ausgabe der neuen Aktien überwiesen wurde, werden 1,76 (0,03) Mill. Mark ausgewiesen. (Generalversammlung 24. Oktober.)

Porzellanfabrik Joseph Schachtel A.-G. in Sophienau bei Charlottenbrunn. Die Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1918/19 einen Warengewinn von 521 964 Mk. (i. V. 757 187 Mk.). Nach Abzug der Handlungsunkosten von 243 389 Mk. (445 811 Mk.) und 17 400 Mk. (105 799 Mk.) Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 187 622 Mk. (231 419 Mk.), woraus 4 Prozent Dividende (9 Proz.) verteilt werden.

Die bayrischen Brettererzeuger erhöhten ihre Preise für unsortierte Bretter auf 300—325 Mk. für das Kubikmeter frei Eisenbahnwagen Versandstation. Einzelne Firmen verlangen schon bis zu 350 Mk.

Die süddeutschen Brettergroßhändler erhöhten den Verkaufspreis für die 100 Stück 16" 12" 1" Ausschußbretter auf 1140 bis 1150 Mk. frei Schiff Köln.

Berliner Börse

vom 15. Oktober 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	269,00
4% Disch.Schatzsch VI—IX	78,90	Chem. Heyden	267,75
5% Dtsch. Reichsanl.	81,00	Consolidation Schalk	299,00
4% „ „	72,10	Erdölweizerpieperdbk	214,00
3½% „ „	67,10	Daimler Motoren	247,50
3% „ „	66,50	Deutsche Luxemburg	183,00
4% Preuß. Konsols.	72,50	Deutsche Uebersee Elektr.	342,00
3½% „ „	65,00	Deutsche Erdöl	467,00
3% „ „	61,10	Deutsche Gasglühl.	225,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	96,50	Deutsche Waffen u. Mun.	230,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Donnersmarkhütte	255,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	103,25	Döring & Lehmann	123,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	100,60	Dürkoppwerke	346,00
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	99,00	Eisenbeiser Feuer	372,50
4% Dess. Gas Oblig	—	Felten & Guilleaume	218,00
4% Dessauer Gas Obl	—	Gasmotoren Deutz	159,75
Ausländ. Werte:		Gebhard & Co	—
4% Oesterr. Kronenrente	27,00	Gebbera & König	158,00
4% Ungar. Goldrente	57,80	Gelsenkirchen Berg	193,50
4% Ungar. Kronenrente	—	Glanzstoff-Zucker Pfdbk.	280,25
Eisenbahn-Aktien:		Hallesche Maschinen	—
Helberst.-Blankenb.	79,75	Hann. Masch.	368,50
Hohe-Heitstedter	67,50	Harpener Berg	204,00
Schentungbahn	212,00	Hasper Eisen	183,00
Allg. Lokal-Str.	132,50	Hirsch Kupfer	241,00
Gr. Berl. Str.	123,00	Höchster Farbw.	377,00
Augsburger Str.-B.	—	Hoesch Eisen u. Stahl	248,00
Prinz-Heinrich-B.	365,00	Hohenlohe-Werke	124,75
Orienbahn	290,00	Humboldt Masch.	157,50
Schiffahrts-Aktien:		Ilse Bergbau	380,00
Hambg. Paketfahrt	118,50	Kahla Porzellan	380,00
Hambg. Südamerika	221,00	Kattow. Eisenerzeugn.	205,00
Hansa-Dampfschiff.	291,00	Kattow. Bergbau	—
Nordd. Lloyd	119,84	Kattow. Eisen u. Stahl	148,50
		Co. Lahn Hütte	164,25
		Co. Donswerke	244,00
Bank-Aktien:		Orenstein & Koppel	197,00
Bank f. Thür.	155,00	Phönix Berg	226,75
Berl. Handelsges.	162,75	Rheinm. Metall-Vorz.	203,00
Commerz-Diskontobank	134,75	Rheinm. Stahlwerken	176,00
Darmstädter Bank	119,50	Rheinbeck. Kabel	219,00
Dessauische Landesbank	—	Rombacher Hütten	167,25
Deutsche Bank	239,75	Rombacher Bergbau	160,25
Diskonto-Comm.	176,00	Rombacher Zucker	171,00
Dresdner Bank	148,00	Sangerhauser Masch.	285,00
Leipzig Credit-Anst.	142,00	Hugo Schneider A.-G.	220,00
Mitteld. Kreditbank	129,00	Schuckert & Co.	143,50
Mitteld. Privatbank	123,00	Siemens & Halske	192,00
Nationalbank	117,50	Siemens Chem.	229,00
Oesterr. Kredit	91,50	Siemens Halske	185,75
Reichsbank	153,25	Stolberger Zink	164,00
Industrie-Aktien:		Stolb. Spelterhütten	268,75
Schultheiss-Brauerei	267,00	Thale-Eisenhütte	270,00
Akt. f. Zellst.	213,75	Tripis Porzellan	199,00
Allgem. Elektr. Ges.	221,50	Tuchf. Lindenberg	650,00
Ammendorfer Papierfbk.	—	Ver. Köln-Rottweiler	231,00
Anhalter Kohlenw.	212,00	Ver. Glanzstoff	618,75
Annaueberg Steingut	211,50	Wegelin & Hübner	171,50
Badische Anilin	429,00	Westeregeln Alkali	313,00
Bergmann Elect. Akt.	175,00	Wintershall Gummi	290,00
Berl. Masch.-Bau	225,00	Wrede Malzkaffee	137,00
Bismarckhütte	225,00	Zechau-Hirschbach Braunk.	—
Bochumer Gußstahl	211,00	Zeitzer Masch.	431,00
Chem. Fabr. Buckau	—	Zellstoff Waldhof	220,25
		Oberschlesien	246,00

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Meichner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191016010/fragment/page=0004